



Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Newsletter Nr. 11 vom 30.5.2013

Inhalt

AUS UND ÜBER DEN NONPROFIT-SEKTOR

- Fabian Zuber: Bürgerenergie - Der Marktführer der Energiewende
- Ansgar Klein: Laudationes zu den Sonderpreisen für Online-Partizipation
- AWV-Interview mit Gisela Erler
- Prof. Dr. Schwarting: Bürgerbeteiligung in Kommunen - jenseits formeller Verfahren

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG

- Heidemarie Rubart: Zweiter Demografie Gipfel: Bericht
- Nationaler Aktionsplan Integration: Sport und Ehrenamt
- Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände: SPD-Antrag
- Informationszugangsgesetz: Antrag der SPD-Fraktion
- Transparenz und öffentliche Verwaltung: Die BMI-Protokolle
- Unterausschuss BE: Protokoll zur 34. Sitzung

AKTUELLES AUS DEM BBE

- Engagementpolitische Empfehlungen des BBE zur Bundestagswahl
- Magazin der Aktionswoche: Download verfügbar
- Civil Academy: Jetzt bewerben!
- Relaunch des Engagement-Mosaiks
- Sitzung der AG 3 »Freiwilligendienste«
- Sitzung der AG 5 »Migration und Teilhabe«

FACHDISKURS

- Von welcher Zivilgesellschaft reden wir? Veranstaltung
- 7. Kulturpolitischer Bundeskongress: Veranstaltung
- Parteien zur Bürgergesellschaft: Veranstaltung

- Fachtagung Service Learning 2013: Veranstaltung
- Junge Islam Konferenz: Ausschreibung
- Staatsversagen bei Rechtsextremismus: Report
- Hinweis

AUS UND ÜBER DEN NONPROFIT-SEKTOR

nach oben

Fabian Zuber: Bürgerenergie - Der Marktführer der Energiewende

Die Energiewende ist ein strittiges und wichtiges Zukunftsthema. Vorangetrieben wird die Erzeugung von erneuerbaren Energien vor allem von einer Vielzahl von BürgerInnen und Bürgerzusammenschlüssen. So existieren mittlerweile über 650 Energiegenossenschaften, in denen über 100.000 Menschen organisiert sind. In seinem Gastbeitrag stellt Fabian Zuber von der Kampagne »Die Wende - Energie in Bürgerhand« die Rolle der EnergiebürgerInnen heraus. Der Kampagne geht es darum, den Energiebürgerinnen und -bürgern und ihrem Engagement im Jahr der Bundestagswahl eine politische Stimme zu verleihen. Sie wurde gemeinsam vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der GLS Bank Stiftung, dem Netzwerk »Energiewende Jetzt«, der Bürgerenergie Berlin eG, der 100 Prozent erneuerbar stiftung sowie der Haleakala-Stiftung initiiert und verfügt inzwischen über 40 Partner.

Gastbeitrag von Fabian Zuber unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/05/NL11_Gastbeitrag_Zuber.pdf (20 kB)

nach oben

Ansgar Klein: Laudationes zu den Sonderpreisen für Online-Partizipation

Beim 16. Kongress »Effizienter Staat« wurde am 16. Mai 2013 die Stadt München für das Bürgerbeteiligungsprojekt »München MitDenken« mit dem Hauptpreis für Online-Partizipation ausgezeichnet. Zwei Sonderpreise wurden im Bereich der Jugendpartizipation vergeben. Ein Sonderpreis ging an das Jugendforum Rheinland-Pfalz. Als Pilotvorhaben der politischen Partizipation nutzt das »jugendforum rlp« die Chancen und Möglichkeiten der neuen Medienkanäle für die Förderung von Beteiligung und gesellschaftlichem Engagement. Dabei verstand es sich als Experiment, um realistische Möglichkeiten des Web 2.0 für eine stärkere Beteiligung junger BürgerInnen an politischen Diskussionen und Entscheidungen auszuloten. Der zweite Preis ging an das Projekt »Junge Deutsche 2012/13«. Die Jury überzeugte an diesem Projekt die gelungene Mischung von online und offline, von konventionellen Verfahren und kreativen und unkonventionellen Methoden (etwa: Couchsurfing oder Crowdfunding), um eine beteiligungsstarke Breitenwirkung zu erreichen. Der Preis für Online-Partizipation wurde von der]init[AG für digitale Kommunikation und dem Behörden Spiegel in Berlin zum zweiten Mal verliehen. Die Laudationes für die Sonderpreise wurden von PD Dr. Ansgar Klein, Geschäftsführer des BBE gehalten.

Laudationes zu den Sonderpreisen unter
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/05/NL11_Laudationes_AK.pdf (89 kB)

Pressemitteilung des Behörden Spiegel vom 17.05. unter
<http://bit.ly/12jHGXa>

nach oben

AWV-Interview mit Gisela Erler

In der Ausgabe der AWV-Informationen (Heft 1 Januar/Februar 2013) der Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e.V. interviewt AWV-Redakteur Jürgen Klocke Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in der Landesregierung Baden-Württemberg. Die Staatsrätin erläutert im Interview die Ziele und Strukturen des 2012 gestarteten Netzwerks »Allianz für Beteiligung«, das seit diesem Jahr von mehreren Stiftungen gefördert wird. Ebenso erläutert sie den Stand der nötigen Reformen im Bereich von Volksabstimmungen und Volksbegehren, wo sie besonderen Handlungsbedarf in Baden-Württemberg sieht. Weitere Themen sind Engagement und Internet, öffentliche Verwaltung und die Bundesebene. Schließlich gibt sie den Ausblick auf ein europäisches Netzwerk für Partizipation, das Motoren in diesem Feld von der Lombardei bis Voralberg einbindet: »Hier bauen wir an einem Netzwerk von Regierungen, die sich die Implementierung von Bürgerbeteiligung konkret vorgenommen haben.« Das Interview steht als kostenloser Download bei der AWV zur Verfügung.

AWV-Interview mit Gisela Erler unter
<http://www.awv-net.de/cms/upload/awv-info/Info-1-13-Interview-Erler.pdf>

nach oben

Prof. Dr. Schwarting: Bürgerbeteiligung in Kommunen - jenseits formeller Verfahren

In der Ausgabe der AWV-Informationen (Heft 1 Januar/Februar 2013) der Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e.V. analysiert Prof. Dr. Gunnar Schwarting die Formen von Bürgerbeteiligung in Kommunen, die jenseits formeller Verfahren stattfinden. Der Autor ist Geschäftsführer des Städtetages Rheinland-Pfalz und Leiter des AWV-Arbeitskreises 1.3 »Bürokratieentlastung der öffentlichen Verwaltung«. In seinem Beitrag betrachtet er die verschiedenen Formen des Zustandekommens von Bürgerbeteiligung in der Kommune. Ebenso diskutiert er zentrale Einwände und Vorbehalte, etwa den Hinweis auf einen »Bildungs-Bias« oder auch auf eine eventuelle Verlängerung von Verfahrensdauern. So vielfältig die Formen auch sind, letztlich lässt sich eine Reihe von Regeln aufstellen, wie im kommunalen Rahmen Bürgerbeteiligung gut aufgestellt werden kann. Der Beitrag steht als kostenloser Download bei der AWV zur Verfügung.

Beitrag von Prof. Dr. Gunnar Schwarting unter
<http://www.awv-net.de/cms/upload/awv-info/Info-1-13-Buergerbeteiligung.pdf>

nach oben

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG

nach oben

Heidemarie Rubart: Zweiter Demografie Gipfel: Bericht

Beim Zweiten Demografie Gipfel in Berlin stellten am 14. Mai 2013 neun Arbeitsgruppen die Maßnahmen vor, die sie zur Gestaltung des Bevölkerungswandels vorschlagen. Heidemarie Rubart, Beauftragte des Sprecherrats des BBE für Demografie, berichtet vom Gipfel. Dabei musste sie feststellen, dass das zivilgesellschaftliche Engagement im Verlauf der Veranstaltung nur am Rande vorkam und als eigenes Thema auch in keiner der Arbeitsgruppen behandelt worden war. Ihr Resümee: »Für alle, die sich Erkenntnisse zur Rolle des bürgerschaftlichen Engagements in diesem Prozess erhofft haben, auch angesichts der umstrittenen Aussagen des jüngst erschienenen Engagementberichts, bleibt leider nur das Fazit: Vom Gipfel nichts Neues.«

Beitrag von Heidemarie Rubart unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/05/NL11_DemografieGipfel.pdf (17 kB)

nach oben

Nationaler Aktionsplan Integration: Sport und Ehrenamt

In einem gemeinsamen Antrag (17/13479) vom 14. Mai 2013 fordern die Koalitionsfraktionen, dass bei der Fortführung des »Nationalen Aktionsplans Integration« der Sport weiter angemessen berücksichtigt wird. Schließlich gelinge Integration durch Sport häufig schneller und problemloser als in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen, urteilen die Fraktionen. Allerdings beruht gelungene Integration im und durch den Sport unter anderem auf dem Ehrenamt und der Selbstorganisation der Menschen. »Ohne die im Sport engagierten Menschen kann keine staatliche Integrationspolitik gelingen«, schreiben die Abgeordneten. Die bereits bestehenden Integrationsprogramme des Bundes sollen gestärkt werden. Außerdem sollten verstärkt Projekte gefördert werden, die die Übertragung von Integrationserfolgen im Sport auf andere Lebensbereiche unterstützen und dabei die Möglichkeiten von Sportvereinen bei der gesellschaftlichen Vernetzung nutzen. Das Programm »Integration durch Sport« soll auf einem höheren Niveau als derzeit mit Bundesmitteln gefördert werden. Schließlich setzen sich die Koalitionsfraktionen dafür ein, den organisierten Sport bei der Gewinnung und Qualifizierung von ehrenamtlich Engagierten mit Migrationshintergrund besonders zu unterstützen.

Antrag der Koalitionsfraktionen unter

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/134/1713479.pdf>

nach oben

Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände: SPD-Antrag

Tierschutz ist seit 2002 im Grundgesetz verankertes Staatsziel. In juristischer Hinsicht haben aber nur TiernutzerInnen und TierhalterInnen die Möglichkeit, Entscheidungen zuständiger Behörden anzufechten. Wer aber kann und soll unter Hinweis auf den Schutz der Tiere vor nicht artgerechter Haltung, vermeidbaren Leiden sowie der Zerstörung ihrer Lebensräume in ihrem Namen klagen dürfen? Mit ihrem Antrag (17/13477) vom 14. Mai 2013 schlägt die SPD-Fraktion ein Verbandsklagerecht vor: »Die Einführung eines Verbandsklagerechtes für anerkannte und ausgewählte Tierschutzverbände kann dieses Defizit beseitigen.«

SPD-Antrag unter

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/134/1713477.pdf>

nach oben

Informationszugangsgesetz: Antrag der SPD-Fraktion

Für den öffentlichen Diskurs in einer Demokratie und die mit Argumenten geführte, konkurrierende Suche nach besseren Lösungen ist die umfassende Kenntnis dessen, was der Fall ist, notwendig. Ohne Transparenz ist dies nicht möglich. Die SPD-Fraktion hat am 14. Mai 2013 einen Gesetzentwurf »zur Stärkung von Informationsfreiheit und Transparenz unter Einschluss von Verbraucher- und Umweltinformationen« (17/13467) vorgelegt. Ziel des Antrages ist es, ein »einheitliches Informationsrecht auf möglichst hohem Transparenzniveau mit einer zeitgemäßen Verpflichtung zur Veröffentlichung relevanter Informationen in niedrigschwelliger und moderner Form« zu realisieren. Dafür sollen das Informationsfreiheitsgesetz (IFG), das Umweltinformationsgesetz (UIG) und das Verbraucherinformationsgesetz zu einem einheitlichen Informationszugangsgesetz zusammengefasst werden, wobei jeweils die Regelung mit dem höheren Transparenzniveau beibehalten werden soll. Außerdem soll eine Verpflichtung »zur aktiven Veröffentlichung im Gesetz bezeichneter wesentlicher Informationen der Verwaltung« eingeführt und die Stellung des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit gestärkt werden.

Antrag der SPD-Fraktion unter

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/134/1713467.pdf>

nach oben

Transparenz und öffentliche Verwaltung: Die BMI-Protokolle

Die Forderung nach Transparenz hat über verschiedene Wege, etwa über das Informationsfreiheitsgesetz (IFG), Einzug in den öffentlichen Diskurs, aber auch in den Alltag von Behörden gehalten. In verschiedenen jüngeren Koalitionsverträgen auf Länderebene wurde zudem das Ziel einer transparenten Verwaltung ausdrücklich festgeschrieben, womit zugleich festgestellt wird, dass diese Transparenz noch lange nicht hinreichend hergestellt ist. Neben der politischen Auseinandersetzung um geeignete Gesetze und Vorschriften, die mehr Transparenz herstellen sollen, gibt es den dann einsetzenden stillen Kampf um die konkrete Anwendung in den Amtsstuben. Wie dieser aussieht, zeigen die

Beratungsprotokolle der interministeriellen Arbeitsgruppe beim BMI zum Umgang mit IFG-Anträgen zwischen 2006 und 2012, die von der Wochenzeitung DIE ZEIT online publiziert wurden. So kann man zum Beispiel dem Protokoll aus März 2011 entnehmen, dass IFG-Anträgen von Journalisten eine merkwürdige Vorzugsbehandlung zukommen soll, nämlich die besondere Prüfung, ob Ausnahmegründe vorliegen, die eine Verweigerung der Information begründen: »Wenn ein IFG-Antrag eines Journalisten vorliegt, sind alle einschlägigen Ausnahmegründe, insbesondere die §§ 6 und 5 IFG zu prüfen.« Werden diese Gründe bei anderen BürgerInnen nicht geprüft? Immerhin etwas Gutes kann man diesem Protokoll auch entnehmen: Offenkundig besteht ein großer Respekt in der Verwaltung vor der Fähigkeit des Journalismus in Deutschland, Transparenz herzustellen.

BMI-Protokolle unter

<http://www.documentcloud.org/documents/623662-ifg-protokoll.html>

nach oben

Unterausschuss BE: Protokoll zur 34. Sitzung

Am 24. April 2013 fand die 34. Sitzung des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages statt. Das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung liegt vor. Inhaltlich ging es um ein Fachgespräch mit Dr. Marita Hilgenstock (RWE AG) und Peter Kusterer (IBM Deutschland) über die Zwischenergebnisse der Arbeit des Unternehmensnetzwerkes »WIE – Wirtschaft. Initiative. Engagement.« zu den Themenbereichen »Corporate Volunteering« und »Wirkungsmessung von gesellschaftlichem Engagement«.

Protokoll zur 34. Sitzung unter

http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a13/buerger_eng/Oeffentliche_Sitzungen/Protokolle/34__Sitzung_Kurzprotokoll__m__Anlage.pdf

nach oben

AKTUELLES AUS DEM BBE

nach oben

Engagementpolitische Empfehlungen des BBE zur Bundestagswahl

Die 250 Mitgliedsorganisationen des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik repräsentieren den größten Teil der Träger- und Fördererorganisationen des Engagements von 23 Millionen Menschen in Deutschland. Das BBE versteht sich als Wissens- und Kompetenzplattform für alle Fragen des bürgerschaftlichen Engagements. Mit dem Papier »Aufgaben der Engagement- und Demokratiep politik: Engagementpolitische Empfehlungen des BBE zur Bundestagswahl 2013« benennt das BBE gegenüber den politischen Parteien seine zentralen Erwartungen an die Engagementpolitik der Bundestagsfraktionen und der Bundesregierung.

BBE-Impulspapier unter

<http://www.b-b->

[e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/05/NL11_BBE_Impulspapier.pdf](http://www.engagement-macht-stark.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/05/NL11_BBE_Impulspapier.pdf) (105 kB)

nach oben

Magazin der Aktionswoche: Download verfügbar

Das neue Kampagnenmagazin »Engagement macht stark!« steht zum Download bereit! Die Ausgabe befasst sich mit den Thementagen: Unternehmensengagement, Rahmenbedingungen für Engagement, Partizipation und Bürgerbeteiligung.

Weitere Informationen unter
<http://www.engagement-macht-stark.de/magazin/>

nach oben

Civil Academy: Jetzt bewerben!

Du bist jung und engagiert und willst ein eigenes Projekt auf die Beine stellen? Dann ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um dich für die kostenlose Fortbildung der Civil Academy zu bewerben. Bis zum 14. Juni können sich junge Erwachsene zwischen 18 und 27 Jahren mit einer innovativen Idee oder einem bereits gestarteten Projekt aus Kultur, Sport, Umwelt, Entwicklungspolitik oder dem sozialen Bereich bewerben. An den drei Seminarwochenenden der Civil Academy finden die Teilnehmenden mit Dozenten aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft spezifische Antworten auf die Fragen: Wie plane und organisiere ich mein Projekt, wie vernetze ich meine Aktivitäten, woher bekomme ich finanzielle Unterstützung und wie präsentiere ich meine Idee in der Öffentlichkeit?

Bewerbungsformular unter
http://www.civil-academy.de/bewerbung_teilnahme/bewerbungsformular/index.html

Termine der Seminarwochenenden und detaillierte Infos unter
<http://www.civil-academy.de>

nach oben

Relaunch des Engagement-Mosaiks

Das Engagement-Mosaik wurde um neue Funktionen erweitert. Es zeigt die Fotos engagierter Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet (als Portrait, als Gruppenfoto oder auch als Engagierte(r) »in action« jeweils von den NutzerInnen selber eingestellt). Es bietet aber auch die Möglichkeit, mehr über die dahinter stehenden Organisationen, Vereine oder Initiativen zu erfahren. Neu ist die Social-Media-Einbindung: So können jetzt u.a. auch die einzelnen Profile der Engagierten in sozialen Netzwerken, wie Facebook oder Twitter, geteilt werden, um besser auf ihre Projekte und ihre Aktivitäten aufmerksam zu machen. Das Mosaik soll einen Beitrag zur Sichtbarmachung von Engagement leisten und zeigen, wer sich hinter den 23 Millionen Engagierten in Deutschland verbirgt. Der Zugang steht jedem offen. Wir freuen uns auf viele neue Beiträge mit spannenden Geschichten aus der vielfältigen Welt des Engagements. Das Tool wurde uns freundlicherweise von der Telekom zur Verfügung gestellt.

Mosaik-Tool unter
<http://mosaik.b-b-e.de>

nach oben

Sitzung der AG 3 »Freiwilligendienste«

Am 16. Mai 2013 tagte die AG 3 »Freiwilligendienste« des BBE auf Einladung von MdB Ute Kumpf im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages in Berlin. Über aktuelle Entwicklungen des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) und der Jugendfreiwilligendienste FSJ/FÖJ informierten Dr. Jens Kreuter, Leiter des Arbeitsstabes Freiwilligendienste im BMFSFJ und Dr. Jaana Eichhorn, Sprecherin des BAK FSJ. Im Mittelpunkt der Sitzung stand ein Gespräch zur Zukunft der Freiwilligendienste mit Mitgliedern des Unterausschusses BE des Bundestages: Ute Kumpf (MdB, SPD), Markus Grübel (MdB, CDU/CSU), Florian Bernschneider (MdB, FDP), Ulrich Schneider (MdB, Bündnis 90/Die Grünen) und Harald Koch (MdB, DIE LINKE) nahmen Stellung zu Fragen der Weiterentwicklung der gesetzlich geregelten Freiwilligendienste. Diskutiert wurde u.a. über die Möglichkeiten eines bedarfsgerechten Ausbaus der Freiwilligendienste und die Frage, ob das bewährte Trägerprinzip auch bei »staatlichen« Freiwilligendiensten eingeführt werden sollte. Ein weiterer Schwerpunkt war die Frage, wie neben dem BFD für Ü27 intensives Engagement von Älteren dauerhaft gefördert und unterstützt werden kann. Einhellig positionierten sich die teilnehmenden MdBs gegen ein Freiwilligendienstestatusgesetz, für die Umsatzsteuerbefreiung und für eine stärkere Gewichtung des Themas Bürgerschaftliches Engagement im künftigen Bundestag.

nach oben

Sitzung der AG 5 »Migration und Teilhabe«

Am 15. Mai 2013 fand in Köln die Sitzung der AG 5 »Migration und Teilhabe« statt. Im Mittelpunkt der Sitzung stand die Vorbereitung der diesjährigen MO-Tagung, die die AG 5 des BBE am 9./10. November 2013 in Kooperation mit BIFF e.V. in Dortmund - gefördert vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge - veranstaltet. Die Tagung wird sich unter Beteiligung lokaler sowie bundesweit tätiger MigrantInnenorganisationen (MO) dem Thema »Generationen« widmen und soll Austausch und Vernetzung zum Thema anregen und befördern. Neben der Betrachtung neuer »Generationen« von MO wird es dabei auch um Fragen des Generationenwechsels in MO sowie um ihren Beitrag zum Generationendialog und zur gesellschaftlichen Partizipation von MigrantInnen unterschiedlicher Generationenlagen gehen. Ziel ist es, Handlungsansätze für die Anregung und Gestaltung gelungener Generationenprozesse auf den unterschiedlichen Ebenen zu entwickeln. Die nächste Sitzung findet am 18. September 2013 in Köln statt.

nach oben

FACHDISKURS

nach oben

Von welcher Zivilgesellschaft reden wir? Veranstaltung

Der ZiviZ-Survey (Zivilgesellschaft in Zahlen) erhebt seit Ende 2012 Informationen über Entwicklungstrends in der organisierten Zivilgesellschaft.

Über 3.800 Vereine, Stiftungen, Genossenschaften und gemeinnützige Gesellschaften haben sich an der ersten Befragungswelle beteiligt. Im Rahmen der Veranstaltung »Von welcher Zivilgesellschaft reden wir?« werden erste Ergebnisse vorgestellt. Die Veranstaltung findet statt am 12. Juni 2013 von 16 Uhr bis 21 Uhr beim Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft in Berlin. In der anschließenden Diskussion soll es um die Weiterentwicklung des Monitorings von Zivilgesellschaft gehen. Eine Anmeldung ist bis zum 2. Juni 2013 möglich.

Weitere Informationen und Anmeldung unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/05/NL11_ZIVIZ.pdf (329 kB)

nach oben

7. Kulturpolitischer Bundeskongress: Veranstaltung

Vom 12. bis 14. Juni 2013 findet in Berlin der 7. Kulturpolitische Bundeskongress statt, veranstaltet von der Kulturpolitischen Gesellschaft und der Bundeszentrale für Politische Bildung in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag. Das zweitägige Programm bietet mehrere Panels mit Relevanz für bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Im Panel 4 »Dialog und Konsens als Politik? Bürgerbeteiligung in der kulturpolitischen Planung« diskutiert ein Expertenkreis über Partizipation, ausgehend von einem Beitrag von Prof. Dr. Jörg Bogumil von der Ruhruniversität Bochum. Im Forum 1 geht es um Förderpolitik: »Kultur fair und verlässlich fördern. Welche Konzeption hat und braucht das Zuwendungsrecht?« Die Einführung übernimmt hier Dr. Rupert Graf Strachwitz, Direktor des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin. Und im Panel 7 »Kultur nach Plan ... auch eine Frage der Bundeskulturpolitik?« kann man zum Abschluss hören, was die BundeskulturpolitikerInnen an perspektivischen Vorstellungen haben. Da der Kongress ausgebucht ist, ist nur noch eine Registrierung auf der Warteliste möglich.

Weitere Informationen unter <http://www.kupoge.de/kongress/2013/programm.html>

nach oben

Parteien zur Bürgergesellschaft: Veranstaltung

Welche Rolle wird Engagementpolitik in der nächsten Legislatur spielen? Wie wollen die Parteien nach der Bundestagswahl mit der Bürgergesellschaft zusammenarbeiten? Welchen Stellenwert hat Bürgerbeteiligung in den Wahlprogrammen? Diese Fragen werden im Rahmen einer Veranstaltung an die GeneralsekretärInnen bzw. GeschäftsführerInnen der im Bundestag vertretenen Parteien gestellt. Das Gespräch findet am Mittwoch, den 19. Juni 2013 von 19 Uhr bis 20 Uhr 30 im Auditorium Friedrichstraße in Berlin statt. Es kommen Alexander Dobrindt (Generalsekretär der CSU), Patrick Döring (Generalsekretär der FDP), Michael Grosse-Brömer (Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), Matthias Höhn (Bundesgeschäftsführer DIE LINKE), Steffi Lemke (Bundesgeschäftsführerin Bündnis 90/Die Grünen) und Andrea Nahles (Generalsekretärin der SPD). Die Veranstaltung »Parteien zur Bürgergesellschaft« findet im Rahmen des Körber-Netzwerk Bürgergesellschaft statt. Die Einladung der Körber-Stiftung wird mitgetragen von der Alfred Toepfer

Stiftung F. V. S., Ashoka Deutschland, der Bertelsmann Stiftung, der BMW Stiftung Herbert Quandt, der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, der Herbert Quandt-Stiftung, der Robert Bosch Stiftung und der Vodafone Stiftung Deutschland. Eine Anmeldung bis zum 5. Juni wird erbeten.

Weitere Informationen und Anmeldung unter
<http://www.koerber-stiftung.de/parteien-zur-buergergesellschaft-19062013>

nach oben

Fachtagung Service Learning 2013: Veranstaltung

Mehr als 25.000 Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen setzen sich seit 2009 aus dem Unterricht heraus für ihr Lebensumfeld ein. An über 380 Schulen sind mehr als 900 Projekte entstanden. Gefördert wird ihr bürgerschaftliches Engagement durch »sozialgenial - Schüler engagieren sich«, die Service Learning-Initiative der WGZ BANK in Trägerschaft der Aktiven Bürgerschaft. Bei der fünften Fachtagung Service Learning am 3. Juli 2013 in Düsseldorf soll eine Zwischenbilanz gezogen und die Wirkungsstudie Service Learning präsentiert werden. Die Veranstaltung findet am Mittwoch, 3. Juli 2013, 11 Uhr bis 16 Uhr, WGZ BANK in Düsseldorf statt. Wie kommen gute Service Learning-Projekte zustande? Prof. Dr. Ullrich Bauer, Universität Duisburg-Essen, legt die Ergebnisse seiner qualitativen Studie dar. Und was bewirkt Service Learning? Antworten gibt die quantitative Studie, die Prof. Dr. Karsten Speck und Dr. Oxana Ivanova-Chessex von der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg vorstellen. Die Veranstaltung richtet sich an LehrerInnen, SchulsozialarbeiterInnen, SchulleiterInnen und alle am Thema Service Learning Interessierten.

Weitere Informationen und Anmeldung unter
http://www.aktive-buergerschaft.de/schulen/fachtagung_service_learning/fachtagung_2013

nach oben

Junge Islam Konferenz: Ausschreibung

Die Junge Islam Konferenz (JIK) ist ein Think-Tank, Dialogforum und MultiplikatorInnennetzwerk junger Menschen im Alter von 17 bis 25 Jahren. Sie ist ein seit 2011 bestehendes Projekt der Stiftung Mercator und der Humboldt-Universität zu Berlin. Als bundesweites Forum bietet die JIK religiösen und nicht-religiösen jungen Menschen mit und ohne muslimischen Migrationshintergrund eine Plattform für Wissensgewinn, Austausch und Intervention in gesellschaftliche Debatten. Bis 2016 sollen neben der Bundesebene vier Junge Islam Konferenzen auf Länderebene eingerichtet werden. In Zusammenarbeit mit der Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration läuft jetzt für das erste Bundesland die Ausschreibung für TeilnehmerInnen. Junge Berlinerinnen und Berliner im Alter von 17 bis 23 Jahren können sich bis zum 17. Juni 2013 für eine Teilnahme an der ersten Länderkonferenz der JIK bewerben.

Weitere Informationen unter
<http://www.junge-islamkonferenz.de/laenderkonferenzen/junge-islam-konferenz-berlin-2013.html>

nach oben

Staatsversagen bei Rechtsextremismus: Report

Verharmlosung des Rechtsextremismus ist Komplizenschaft bei Mord und Totschlag, wovon über 180 Todesopfer rechtsextremer Gewalt seit 1990 zeugen. Der Frage der fortdauernden Verharmlosung heute im Westen der Republik geht ein Report der Amadeu Antonio Stiftung nach: »Staatsversagen. Wie Engagierte gegen Rechtsextremismus im Stich gelassen werden. Ein Report aus Westdeutschland«. Der Report, der beispielhaft die Zustände in zehn Orten aus sechs westdeutschen Bundesländern untersucht, konstatiert eine fortdauernde Verharmlosung des Rechtsextremismus in westdeutschen Behörden. Einher mit der Bagatellisierung geht weiterhin das Alleinlassen und Diskreditieren von vielen Initiativen gegen Rechtsextremismus. Die Studie wurde von der Journalistin und Politikwissenschaftlerin Marion Kraske im Auftrag der Amadeu Antonio Stiftung durchgeführt. Sie hatte 2011 den Report »Das Kartell der Verharmloser. Wie deutsche Behörden systematisch rechtsextremen Alltagsterror bagatellisieren« verfasst. Der aktuelle Report beruht auf Untersuchungen aus dem Jahr 2012. Die Beispiele machen deutlich, dass rechtsextreme Straftaten von der Polizei nicht konsequent verfolgt und Betroffene schikaniert werden. »Zu oft werden rassistische Motive bei Straftaten bagatellisiert, werden Opfer zu Tätern gemacht. Rassistische Haltungen sind in Polizei und Justiz ebenso weit verbreitet wie im Rest der Gesellschaft«, so der Befund von Anetta Kahane, der Vorsitzenden der Amadeu Antonio Stiftung. Neben einem kostenlosen Download kann der Report auch in Printform bestellt werden.

Weitere Informationen und der Report unter <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/aktuelles/staatsversagen/>

nach oben

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 13. Juni 2013.
Redaktionsschluss ist der 6. Juni 2013.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an [newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und Akteure im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein, Mareike Jung, M.A. und Dr. Rainer Sprengel.

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter [Kommende Themen](#).

Die Öffentlichkeitsarbeit des BBE wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Diese Ausgabe des Newsletters wird durch eine Förderung durch die Otto-Brenner-Stiftung ermöglicht.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

www.b-b-e.de

Geschäftsführer Dr. Ansgar Klein

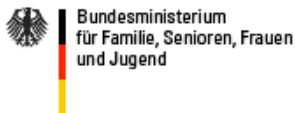
Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0

E-Mail: [ansgar.klein\(at\)b-b-e.de](mailto:ansgar.klein(at)b-b-e.de)

nach oben

[Hinweis](#)

Gefördert vom:



Gefördert von der:

